die Untersuchung einbezogen. Auf diese Weise kann nicht nur der These der intentionalen Neoliberalisierung der Nationalstaaten durch die europäischen Vorgaben nachgegangen werden, sondern auch der Frage, ob es hierzu Alternativen gab und somit möglicherweise gibt. Die dritte Forschungsfrage dieser Arbeit lautet damit: *Hat es bei der Beeinflussung von Handlungsfähigkeit sowie dem zugrunde liegenden Staatsverständnis einen Wandel gegeben, wenn ja, wie sieht dieser aus?*

1.2 Zielsetzung und Aufbau der Arbeit

Das Ziel der Arbeit ist, wie an den drei soeben entwickelten Forschungsfragen deutlich wird, eine systematische, analytische Untersuchung, auf welche Weise die nationalstaatliche Handlungsfähigkeit im Prozess der europäischen Integration durch europäische Vorgaben beeinflusst werden sollte und welches Staatsverständnis dem jeweils zugrunde lag. In diese Untersuchung wird der Zeitraum ab den Römischen Verträgen von 1957 einbezogen, um verschiedene Formen der Beeinflussung und unterschiedliche Staatsverständnisse untersuchen sowie Wandlungen und Entwicklungen aufzeigen zu können.

Die Arbeit gliedert sich wie folgt: Zu Beginn steht die Definition der zentralen Begriffe Staatsverständnis, staatliche Handlungsfähigkeit, staatliche Interventionsmöglichkeiten sowie die Eingrenzung der zu untersuchenden Politikfelder mit der Begründung, warum die Ausgabenpolitik für die Untersuchung herangezogen wird.

Im nachfolgenden ersten großen Teil der Arbeit wird ein *theoretischer Rahmen* für die Analyse ausgearbeitet, und somit eine Grundlage geschaffen, auf der die empirischen Ergebnisse eingeordnet werden können. Zu diesem Zweck werden im ersten Abschnitt idealtypische Staatsverständnisse entwickelt. Hierfür werden die drei für diesen Zeitraum relevanten Wirtschaftstheorien (Keynes'sche Theorie, Monetarismus, Angebotsökonomie/Neue Klassische Makroökonomie) herangezogen und es wird herausgearbeitet, welche grundsätzlichen Einstellungen gegenüber dem Markt/marktlicher Koordination sowie dem Staat/staatlicher Intervention sich dort finden, welche Aufgaben die Theorien dem Staat in den Bereichen Allokation, Distribution und Stabilisierung zuweisen, wie die Bereiche aufeinander bezogen und gegeneinander gewichtet werden und ob der Staat allgemein eher regelgebunden oder diskretionär handeln soll.

Den Zusammenhängen zwischen den zentralen Begriffen Staatsverständnis, Handlungsfähigkeit und Interventionsmöglichkeiten widmet sich der zweite Abschnitt des Theorieteils: Insbesondere aus der Globa-

https://doi.org/10.14361/9783839410677-002 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

lisierungsforschung werden mögliche Strategien herausgearbeitet, die mit den europäischen Vorgaben in Bezug auf die nationalstaatliche Handlungsfähigkeit verfolgt werden können. Implizite These ist hier, dass je nach Staatsverständnis die Handlungsfähigkeit über einen Ausbau oder eine Einschränkung von Interventionsmöglichkeiten gestärkt wird.

Mit Hilfe dieses theoretischen Rahmens werden im zweiten großen Teil der Arbeit die europäischen Vorgaben für die nationale Ausgabenpolitik analysiert (*empirische Auswertung*). Dies erfolgt in zwei Schritten: Zuerst wird untersucht, welche Aspekte nationalstaatlicher Ausgabenpolitik (Interventionsmöglichkeiten) durch die Vorgaben eingeschränkt/ausgebaut werden sollten. Zu diesem Zweck werden folgende Aspekte untersucht: In welchen Bereichen wurden ausgabenpolitische Vorgaben gemacht, welche Begründungen gab es für das gemeinsame Vorgehen, welche Ziele und Instrumente (für die nationalstaatliche Ebene sowie für die europäische Form der Zusammenarbeit) wurden genannt und wie verbindlich waren die Vorgaben gestaltet? Im zweiten Schritt wird untersucht, welche Staatsverständnisse den Vorgaben zugrunde lagen. Das hierfür notwendige intersubjektiv nachvollziehbare und regelgeleitete Vorgehen wird durch die Anwendung der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse gewährleistet. Diese beruht auf den drei idealtypischen Staatsverständnissen. Auf dieser Grundlage wird untersucht, um welche der im theoretischen Rahmen herausgearbeiteten Strategien es sich jeweils handelte.

Um die Entwicklungen besser herausarbeiten zu können, erfolgt die Untersuchung in Phasen. Die Phaseneinteilung beruht auf folgenden Überlegungen: Der Beginn der Untersuchung ist durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 bestimmt. 2004 wird als Ende gewählt, da in diesem Jahr der europäische Verfassungsvertrag durch die Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde. Obwohl dieser nicht in Kraft getreten ist, sondern leicht abgewandelt und unter neuem Namen bis 2009 ratifiziert werden soll, kann er als bisherig letzter Meilenstein in der Geschichte der europäischen Integration angesehen werden. Da ein Wandel in der Beeinflussung von Handlungsfähigkeit und dem zugrunde liegenden Staatsverständnis in den 1970er/1980er Jahren vermutet wird, sind die beiden mittleren Phasen kürzer gewählt als die erste und die letzte. Die erste Phase endet 1973, im Jahr der ersten Ölkrise, sie umfasst damit das sogenannte ›goldene Nachkriegszeitalter‹. Die zweite und die dritte Phase werden im Jahr 1982 geteilt, im Jahr des Regierungswechsels im größten europäischen Mitgliedstaat Deutschland. Die letzte Phase beginnt 1990, mit der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion und dem ersten Jahr nach der

https://doi.org/10.14361/9783839410677-002 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Öffnung des Eisernen Vorhangs.[5] Auf diese Weise ergibt sich folgende Phaseneinteilung: Phase I: 1957-1973, Phase II: 1974-1982, Phase III: 1983-1989, Phase IV: 1990-2004. Ob diese Phaseneinteilung die Entwicklungen zureichend abbildet, wird am Ende noch einmal diskutiert, sie ist bewusst nicht ausführlich theoretisch fundiert, um auch für überraschende Entwicklungen offen zu bleiben. Zu Beginn jeder Phasenuntersuchung werden das wirtschaftliche und politische Umfeld sowie der Stand der europäischen Integration und der Globalisierung dargestellt.

Im dritten Teil der Arbeit erfolgt die Ergebnisauswertung unter der Fragestellung, ob es einen Wandel im beabsichtigten Einfluss der europäischen Vorgaben, d.h. in der Strategie sowie im Staatsverständnis (Veränderung der Aufgaben in und Verschiebungen zwischen den drei Bereichen Allokation, Distribution und Stabilisierung) gegeben hat: Wie war die Entwicklung in den einzelnen Politikbereichen? Handelt es sich um eine lineare Entwicklung, gab es Brüche oder widersprüchliche Entwicklungen? War die ursprüngliche Phaseneinteilung sinnvoll? Kann man den Phasen bestimmte Idealtypen von Staatsverständnissen zuordnen? Abschließend wird der Wandel aus einer zweifach veränderten Perspektive betrachtet: Zum einen wird auf eine allgemeine Systematisierung von Wandlungsprozessen zurückgegriffen, zum anderen wird der Fokus auf die europäischen Vorgaben selbst, ihre Formen und Verfahren, gelegt.

5 Der Wegfall der Systemkonkurrenz hat vermutlich große Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik im Westen. Da die Ereignisse jedoch erst Ende 1989 stattfanden, ist es unwahrscheinlich, dass sich ihre Folgen vor 1990 in den Vorgaben wiederfinden.

https://doi.org/10.14361/9783839410677-002 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND